



„Es setzt sich nur so viel Wahrheit durch, wie wir durchsetzen.“ (Bertolt Brecht)

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 01/2010

17. Jahrgang

15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27. Januar 2010



**Auf dem ersten Frühschoppen „Rathausreport live“ in diesem Jahr, am 31. Januar im Jugendklub 91 in Potsdam-West, gab u. a. Andreas Klemund, Geschäftsführer der Luftschiffhafen GmbH (r.) Auskünfte über das Werden und Wachsen des Sportparks. So informierte er, dass der Baustart für die Mehrzwecksporthalle im Juni vorgesehen sei. Bis Ende März sollen zwei leer stehende Wohnheime abgerissen werden. Klemund will auch Durchgänge zum Uferweg schaffen, denn der Sportpark brauche mehr Öffentlichkeit, betonte Klemund. So soll u. a. in Abstimmung mit der Denkmalpflege die historische Mauer an der Zeppelinstraße „durchlässiger“ gestaltet werden.** Foto: Martin

## Mit auf den Weg ...

Liebe Leserinnen und Leser,

wie schnell doch die Zeit vergeht. Anfang Mai 2008, also vor fast zwei Jahren haben Spartacus und S13 ihr Domizil in der Schloßstraße verloren. Die Stadtverordneten hatten bereits vier Wochen vorher auf Antrag der LINKEN den Oberbürgermeister mit der Suche nach Ersatzlösungen für die populären Einrichtungen der alternativen Jugendkultur beauftragt. Nachdem diese Suche der Verwaltung nach einem innerstädtischen Standort, trotz ständigen Drängens der Jugendlichen, erfolglos geblieben war, schlug DIE LINKE den ehemaligen Wasserbetrieb in der Friedrich-Engels-Straße vor. Das stieß auf großes Interesse und fand mit dem von Dirk Harder erarbeiteten freiLand-Konzept eine inhaltliche Ausgestaltung. Die anschließende Diskussion war intensiv und kontrovers, und sie dauerte bis zum Januar dieses Jahres an. Jetzt zeichnet sich ab, dass es im März für das Vorhaben eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung geben kann. Es hätte dem Oberbürgermeister gut zu Gesicht gestanden, sich persönlich dieser guten Sache anzunehmen und damit sichtbar Prioritäten im Interesse der Jugendlichen zu setzen. Leider war er nicht einmal jetzt bereit, freiLand zur Chefsache zu machen, obwohl er als Verwaltungsspitze und als Aufsichtsratsvorsitzender der EWP prädestiniert wäre, für eine zügige Umsetzung zu sorgen. Unterm Strich bleibt: Die jungen Potsdamerinnen und Potsdamer haben sich mit viel Engagement, Ideenreichtum, Solidarität und Augenmaß ein Stück eigene Welt erkämpft. Das steht dieser Stadt und damit uns allen gut zu Gesicht.



Mit freundlichen Grüßen  
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

## freiLand zwar keine „Chefsache“, aber ganz oben platziert

Es hätte wahrscheinlich nicht weh getan, aber solchen Triumph wollte man der LINKEN denn doch nicht gönnen, das Projekt „freiLand“ auch noch zur „Chefsache“ des Oberbürgermeisters machen zu lassen. Die LINKE hatte sich sehr schnell an die Seite der Jugendlichen der Stadt gestellt, die zunächst gegen die Schließung ihrer Jugendclubs Spartacus und S13 kämpften und schließlich wenigstens einen Ersatz für die dann doch geschlossenen Einrichtungen forderten.

Doch um die Forderung, auch Raum für alternative Jugendkultur abseits von der Schiffbauergasse oder dem Lindenpark zu halten oder bereitzustellen, konnte man sich schließlich nicht mehr drücken, obwohl die außerparlamentarischen Aktionen bei einigen Abgeordneten eher

zur Abwehr der Forderungen denn auf Zuhören geführt hatten.

Eine von der LINKEN unterstützte Arbeitsgruppe Alternative Jugendkultur, in der auch die Jugendlichen mitarbeiten, legte inzwischen der Verwaltung ein Rahmenkonzept vor, das von der Verwaltung mit mehreren realisierbaren Varianten beantwortet wurde, inzwischen in den Ausschüssen diskutiert wird und im März zur Entscheidung vorliegen soll.

31 Abgeordnete stimmten dafür, dass die „Chefsache“ mit diesem Arbeitsstand bereits erledigt sei, freiLand habe bereits Priorität, so FDP und CDU.

Die LINKE forderte zu diesem Punkt ein Wortprotokoll, damit diese wichtigen Aussagen dokumentiert werden und später auch noch Gültigkeit haben.

+++ Kinderrechte in Potsdam +++ Willi-Frohwein-Straße +++





## Wortmeldung

### Bürgervorschläge ernsthaft prüfen

Der Bürgerhaushalt Potsdam hat sich in den letzten Jahren zu einer festen Institution auf dem Weg zur Bürgerkommune entwickelt.

Den BürgerInnen unserer Stadt wird damit eine Möglichkeit gegeben, über den

Haushalt Potsdams mitzubestimmen, sie können Vorschläge machen, Anregungen geben und mitdiskutieren.

682 Vorschläge (im Vorjahr 213) wurden insgesamt gemacht. Interessant ist dabei, dass 103 Vorschläge = 15%, zum Thema Haushaltssicherung eingebracht wurden. 5245 engagierte BürgerInnen bestimmten die 20 Vorschläge, die nun Eingang in die Haushaltsberatung der StVV finden (Vorjahr 2032).

Hier haben die Stadtverordneten eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe. Sie haben zu untersetzen, welche von der Verwaltung im Haushalt vorgeschlagenen Maßnahmen zu Gunsten der Bürgervorschläge zu kürzen oder zu streichen sind, denn nichts anderes ist unter dem zu erwartenden Haushaltsdefizit von 24 Millionen Euro möglich.

Der Erhalt des Jugend- und Kulturzentrums Archiv und die Sanierung des Rollsportfeldes an der Heinrich-Mann-Allee stehen deutlich an der Spitze. Ihnen folgen ein Vorschlag zur Einführung von Mehrfachfahrkarten im ÖPNV sowie konkrete Maßnahmen zum Erhalt und Erweiterung des Radwegenetzes. Vorschläge, die die Endrunde nicht erreicht haben, werden den Fachbereichen übergeben und können in deren Arbeit und Planungen berücksichtigt werden.

Mit der Übergabe der Jahresabschlüsse wird konkret abgerechnet, wie die Vorschläge des Bürgerhaushaltes umgesetzt worden sind.

*Peter Kaminski arbeitet als Mitglied der Fraktion der LINKEN im Finanzausschuss und stv. Mitglied im Hauptausschuss, im Ausschuss Kultur, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung. Er ist außerdem Ortsvorsteher in Groß Glienicke*



## In die Ausschüsse überwiesen

### Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Rechte der Kinder verbindlich in das Verwaltungshandeln der Stadt aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass Kinderrechte auch ins Grundgesetz aufgenommen werden – dieser von Dr. Sigrid Müller vorgetragene Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen. Die Andere hatte ergänzt, es solle einen städtischen Kinderschutzbeauftragten geben.

### Bilanz der Kulturpolitischen Leitlinien

Nach etwa drei Jahren sei es an der Zeit, eine Bilanz der Kulturpolitischen Leitlinien zu ziehen und mögliche Nachjustierungen vorzunehmen. Der Antrag von Dr. Karin Schröter wurde in den Kulturausschuss überwiesen.

### Optimierung der Gesamtschulkapazitäten

In den Ausschuss Bildung, Jugend und Sport wurde der Antrag überwiesen, die Gesamtschulkapazitäten der Stadt bedarfsgerecht zu entwickeln. Stefan Wollenberg begründete, sicher zu stellen sei, dass die geplante weiterführende Schule im Potsdamer Norden als Gesamtschule eröffnet wird.

### Gemeinsames Konzept

In den Hauptausschuss überwiesen wurde der Antrag, im Juni konkret über die objektbezogenen Vereinbarungen der Stadt mit der Schlösserstiftung zu informieren und bis Jahresende ein Entwick-

lungskonzept beider Partner vorzulegen. Rolf Kutzmutz hatte den Antrag begründet.

### Treffpunkt Freizeit wieder auf der Tagesordnung

Nachdem die Absichten der Stadt, den Treffpunkt im Jahre 2000 zu schließen, durch ein Bürgerbegehren mit 21.000 Unterschriften gekippt worden waren und der Treffpunkt unter der Trägerschaft der Malteser weitergeführt wurde, gibt es jetzt wieder eine neue Situation: Die Malteser haben den Vertrag gekündigt, nachdem der Jugendhilfeausschuss beschlossen hatte, das Kindermusiktheater im Bürgerhaus Am Schlaatz unterzubringen, weil es zwischen Malteser Treffpunkt Freizeit und Musiktheater Differenzen gegeben hatte, die nicht überwindbar schienen. Die Folge: Die insgesamt 65 Tausend Euro Förderung der Stadt für das Kindermusiktheater Buntspecht bekommt ab 1. Januar 2010 das Bürgerhaus Am Schlaatz. Zu dieser Situation gab es drei Anträge: Für die LINKE beantragte Hans-Jürgen Scharfenberg, den Beirat des Treffpunktes Freizeit auch bei einem neuen Träger beizubehalten. CDU/ANW und FDP/FP fordern eine europaweite Ausschreibung einer neuen Trägerschaft, und Bündnis 90/Die Grünen beantragen eine Korrektur der Entscheidung des Jugendhilfeausschusses.

Alle drei Anträge wurden in die Ausschüsse verwiesen, nachdem die Verwaltung davon informiert hatte, dass eine europaweite Ausschreibung ohnehin vorgeschrieben sei und die Malteser bereit sind, den Treffpunkt Freizeit noch zu betreiben, bis ein Nachfolger gefunden ist.



**Die Malteser haben den Vertrag mit der Stadt für den Treffpunkt Freizeit gekündigt – jetzt wird ein neuer Betreiber europaweit gesucht.**





## Angenommen

### Gartenstadt Drewitz

Einstimmig beschlossen wurde ein von der LINKEN eingebrachtes Bekenntnis der Stadtverordneten zur Entwicklung des Stadtteils Drewitz zur „Gartenstadt“. Ein Gesamtkonzept sei im Ergebnis des Workshops im Sept./Okt. zu erarbeiten, einge-



schlossen die Entwicklung des Wohnungsbestandes sowie der Betreuungs-, Bildungs-, Kultur-, und Sozialeinrichtungen, begründete Rolf Kutzmutz den Antrag.

### Mehr kommunale Verantwortung für Bildung

„Die Landeshauptstadt solle „mit diesem Antrag ihre Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene weitestgehend ausschöpfen und erweitern“ steht im Antrag

der LINKEN, der dazu auffordert, die Bildung als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu sehen. In einem Ergänzungsantrag konkretisierte die SPD-Fraktion den Antrag speziell für das Zusammenwirken zwischen Schulen und Kitas. Der Antrag wurde mit den Ergänzungen der SPD angenommen.

### Einzelfahrschein in beide Richtungen

Fragen aus der Bevölkerung hatten die LINKE zu dem Antrag gebracht, dass darauf gedrängt werden solle, dass Einzelfahrschein für den ÖPNV – wie früher – innerhalb der Geltungsdauer von einer Stunde auch für Rückfahrten genutzt werden können. Kämmerer Burkhard Exner erklärte, dass die Regelung 2004 extra abgeschafft worden war, um Senkungen an anderer Stelle, wie die Umweltkarte, vornehmen zu können. Das sei nun umgekehrt zu befürchten. Die Verwaltung wurde beauftragt, im Juni einen Zwischenbericht über die Verhandlungen zu geben.

### Willi Frohwein-Straße in Babelsberg

Die LINKE stieß auf offene Ohren mit ihrem Vorschlag, den Potsdamer antifaschistischen Widerstandskämpfer Willi Frohwein, der im Dezember 2009 verstorben ist, mit der Benennung einer Straße zu ehren. Der über die Stadt hinaus bekannte Zeitzeuge zu den Repressalien bei Zwangsarbeit und Konzentrationslager, der seine Erlebnisse und Lehren vor allem

fenberg sprach von „gegensätzlicher Betrachtungsweise“, denn der Ausschluss von Stadtverordneten von den Besuchen ließe den Eindruck aufkommen, dass es nur um die Präsentation des Oberbürgermeisters gehe, wofür die Verwaltung nicht zuständig sei.

## Gegen LINKE durchgeboxt

### Blankoscheck für Freizeitbad im Bornstedter Feld

Nachdem zwar das demokratische Mittel der Bürgerbefragung für schwerwiegende Entscheidungen im Dezember beschlossen worden war, in der selben Sitzung allerdings dieses für die Standortfrage zum Freizeitbad abgelehnt wurde, kam die Verwaltung nun mit der Vorlage, ein „familienfreundliches Sportbad“ im Bornstedter Feld planen, errichten und betreiben zu lassen.

„Dieses Vorhaben wäre ein Musterbeispiel für eine Befragung gewesen“, sagte

## Willi-Frohwein-Straße

an Jugendliche in den Schulen weiter vermittelt hatte, solle mit der Benennung einer Straße in seinem hauptsächlichen Wirkungsgebiet in Babelsberg gewürdigt werden. Die Stadtverwaltung arbeite bereits an einem Vorschlag, teilte Oberbürgermeister Jann Jakobs mit.

### Überprüfung auf Mitarbeit bei der Staatssicherheit

Mit einem mehrheitlich in namentlicher Abstimmung gefassten Beschluss soll eine Überprüfung der Stadtverordneten, die vor dem 31. August 1971 geboren wurden, durchgeführt werden. Es wird an Ortsbeiräte und den Jugendhilfeausschuss appelliert, ebenso zu verfahren. Für die LINKE sprach der Fraktionsvorsitzende Dr. Scharfenberg. Die LINKE stehe grundsätzlich für eine kritische und sachliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. In einer persönlichen Erklärung sagte Scharfenberg, er habe selbst großes Interesse am Ergebnis der Überprüfung. Er habe 1995 vor der Stadtverordnetenversammlung seine Vergangenheit offengelegt. Die Überprüfungskommission habe nach Prüfung seiner Unterlagen keine Mandatsniederlegung empfohlen, sagte er auch mit Blick auf die anhaltende „öffentliche Begleitung“ seiner Person in den Medien als potenzieller Oberbürgermeisterkandidat.

Hans-Jürgen Scharfenberg in der Diskussion. Schließlich werde seit 15 Jahren über ein Bad gesprochen. „Und Interesse an solcher Einrichtung haben alle.“ Zweifellos hätten beide Varianten Vor- und Nachteile. Eine kürzliche online-Umfrage der LINKEN weise auf ein ausgeglichenes Meinungsbild hin. Die Vorgehensweise gleiche der beim Niemeyer-Bad, die zur Pleite wurde.

Einerseits habe der Workshop zum Thema ebenfalls eine Bürgerbefragung angeregt, sagte Rolf Kutzmutz, aber gerade auch die Finanzierung des Freizeitbades aus den Einkünften des Geländeverkaufs am Brauhausberg lasse zu viele Fragen offen, „da kann ein Monat nicht entscheidend sein“, meinte Rolf Kutzmutz

Neben der LINKEN äußerte auch Die Andere Bedenken gegen den sofortigen Beschluss.

Doch die Rathauskooperation war auch mit Hinweisen auf ihr Demokratieverständnis nicht davon abzubringen, ohne Beratung in den Ausschüssen den Beschluss „durchzuboxen“.

## Abgelehnt

### Sanierung der Bibliothek

Die Mehrheit der Stadtverordneten lehnte den Antrag der LINKEN ab, den Kultur- und den Hauptausschuss monatlich über den Fortgang der Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek zu informieren. Die „parlamentarische Begleitung“ des für die Stadt so wichtigen Vorhabens, die Dr. Karin Schröter forderte, scheiterte daran, dass die Mehrheit meinte, die Informationen könne man nach Bedarf einholen.

### Oberbürgermeister in Schulen

Der Oberbürgermeister Jann Jakobs wird seine für 2010 verstärkt angekündigten Besuche in Schulen auch selbstständig festlegen und durchführen. Der Antrag der LINKEN, dass über Termine rechtzeitig informiert werde, damit Stadtverordnete daran ebenfalls teilnehmen können, wurde abgelehnt. Fraktionsvorsitzender Schar-





## DIE LINKE-Stadtverordnete fragten – die Verwaltung antwortete

### Schulräume als Möbellager?

Warum man die Nutzung der Schule damit einschränke, dass in den sogenannten „Kopfräumen“ des Gebäudes der „Pierre-de-Coubertin-Schule“ ein Möbellager eingerichtet werden sollte, wollte Hella Drohla wissen.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass der Bedarf an Unterrichtsräumen derzeit gedeckt sei. Diese Räume seien zum Unterricht schlecht zu nutzen. In Anbetracht steigender Schülerzahlen werde aber daran gearbeitet, sie in den Unterricht mit einzubeziehen.

### Sicherheit der Fahrradfahrer

Zur Erhöhung der Sicherheit der Fahrradfahrer teilte Matthias Klipp auf die Frage von Anita Tack zunächst Statistisches

mit: 24 % Anteil am Straßenverkehr haben Radfahrer im Potsdamer Stadtverkehr, aber nur 6,5 % Anteil an den Unfällen, davon ein noch geringerer Teil, bei dem sie als Verursacher gelten. Er verlange nicht Maßnahmen, sondern Aufmerksamkeit und Rücksicht vor allem der Autofahrer in einer „fahrradfreundlichen Stadt“.

### Stiftung Freies Ufer Griebnitzsee

Wie der Stand der Vorbereitung zu dieser Stiftung ist, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Es seien noch viele Fragen zu klären: nach Gegenstand und Zweck, nach Finanzierung und dem Eigentum. Zur Zeit bemühe sich die Stadt, rund 31000 Quadratmeter Land am Ufer zu erwerben. Der Kauf sei aber gestoppt, da Anlieger ebenfalls geboten haben und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA)

meint, so teuer wie möglich verkaufen zu müssen.

Prinzipiell sei eine Stiftung ein möglicher Weg, antwortete er auf Nachfrage.

### Sanierung Bibliothek

Karin Schröter fragte nach der Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek und der Einhaltung des Zieles, die Bibliothek 2011 wieder zu eröffnen. Dr. Iris Jana Magdowski erläuterte die Terminplanung, die zur Zeit davon ausgeht, im 3. Quartal mit den Bauarbeiten zu beginnen. Im 4. Quartal werde die Bibliothek wieder einziehen und am 2. Januar 2013 wiedereröffnet werden.

### Leitplanung Umgebungsschutz

Auf die Frage von Anita Tack nach einer Aktualisierung der Leitplanung für den Umgebungsschutz des Welterbes in Potsdam antwortete Matthias Klipp, diese Planung veralte nicht in den Zielen, nur in den Beständen. Gegenwärtig werde sie digitalisiert und dann im Internet einsehbar sein.

## Was – wann – wo?

### Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr  
15. und 22. Februar 2010; 01.; 08. und 15. März 2010

### 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal  
03. März 2010, Beginn 15 Uhr

### Frühschoppen „Rathausreport live“ Bürgerhaus Stern\*Zeichen, Galileistraße 37-39, Stadtteil Am Stern

07. März 2010, Beginn 10 Uhr

### Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2010 Stadthaus, Raum 3.107

12. bis 17. März 2010 (außer Sa. und So.)

### Info-Stände in den Stadtteilen:

#### 12. März 2010

14:30 Uhr Kepler-Platz / Am Stern  
15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center / Drewitz

16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-Straße / Waldstadt II

#### 13. März 2010

10:00 Uhr REWE-Markt / Zentrum Ost  
10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Schlautz  
10:00 Uhr Weberplatz, Babelsberg  
10:30 Uhr Kaiser's / Kirchsteigfeld

### Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvors. und MdL:

am 09. Februar 2010 von 17-18 Uhr und am 09. März 2010 von 17-18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern\*Zeichen)  
Vor Anmeldungen sind möglich unter:  
Tel.: 0331/600 50 69;  
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

### Unterschriftensammlung Bürgerbegehren „Freies Ufer am Griebnitzsee“

Listen liegen u. a. aus im Stadthaus, Fraktion DIE LINKE - Raum 3.107; Bürgerbüro Dr. Scharfenberg, Galileistr. 37/39; Kino „Thalia“; Griebnitzsee „das lokal“ und in der Stadtteilkneipe „Nowawes“.

### „Kulturroschen“

Für einen „Kulturroschen“ gebe es in Potsdam zur Zeit keine rechtlichen Grundlagen, erklärte Burkhard Exner auf die Frage von Karin Schröter. Entweder, die Stadt sei Kurort oder habe mindestens sieben Mal soviel Fremdenübernachtungen wie Einwohner. Davon sei Potsdam weit entfernt.

### Zum BBI ab Pirschheide

Auf die Frage von Anita Tack nach dem Ergebnis des Gespräches mit der DB Regio informierte Matthias Klipp, dass die Wiederinbetriebnahme des Bahnhofes Pirschheide möglich sei. Entscheidend sei die Finanzierung sowie die Abwägung zwischen dem Vorteil des Haltes und dem Nachteil, dass die Fahrtzeit zum BBI damit um fünf Minuten verlängert wird.

# RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:  
DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,  
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

